

Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

21.06.2017

Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

Medieninformation

Kommission "Zukunft Schule" stellt Arbeitsergebnisse vor

Ohler: „Zukunftsfähigkeit braucht Veränderung – auch in der Bildungslandschaft“

Die vom Thüringer Ministerpräsidenten Bodo Ramelow und der Thüringer Bildungsministerin Dr. Birgit Klauert eingesetzte Kommission „Zukunft Schule“ hat heute ihre Empfehlungen für die zukunftsfähige Ausgestaltung des Thüringer Schulsystems vorgelegt. In ihrem mehr als hundertseitigen Ergebnisbericht stellen die acht Kommissionsmitglieder Lösungswege vor, um effiziente Strukturen für die Thüringer Schullandschaft und damit die Rahmenbedingungen für eine Thüringer Unterrichtsgarantie zu schaffen.

Dazu erklärt Bildungsstaatssekretärin Gabi Ohler: „Zukunftsfähigkeit braucht Veränderung, auch in der Bildungslandschaft. Wir wollen die genannten Möglichkeiten nutzen und uns gleichzeitig den großen Herausforderungen auf dem Weg hin zu einem effizienteren Ressourceneinsatz und einer Thüringer Unterrichtsgarantie stellen – ohne Wenn und Aber. Dafür bilden die heute vorgestellten Handlungsempfehlungen einen wichtigen Grundstein. Wir danken allen Kommissionsmitgliedern für ihre konstruktive Arbeit und hoffen auf die ebenso konstruktive Beteiligung aller bildungspolitischen Akteure, was die gemeinsame Umsetzung der Vorschläge betrifft.“

Kommissionsmitglied Helmut Holter, Minister a.D. und Mitglied des Landtags Mecklenburg-Vorpommern, ergänzt: „Dem drängendsten Problem des Unterrichtsausfalls ist nicht mit einer einfachen Lösung Herr zu werden. Dafür braucht es ein Bündel an Maßnahmen. Unser erster Vorschlag lautet, das Modell der Vertretungsreserve weiterzuentwickeln und durch einen Dreiklang aus Personalausgleich von Langzeiterkrankungen, Schulbudget und mobiler Vertretungsreserve auszudifferenzieren. Weitere Ressourcen können unter anderem über eine Optimierung des Thüringer Schulnetzes, eine Fachkräfteoffensive für Mangelfächer und die Erleichterung des Seiteneinstiegs gewonnen werden.“

Abschließend erläutert Kommissionsmitglied Dieter Eckert, Bürgermeister a.D. Offenburg: „Wenn es um den Erhalt kleiner Schulstandorte im Sinne eines effizienteren Ressourceneinsatzes und echter Qualitätsverbesserungen geht, braucht es

Kooperationsmodelle, die jeweils zur lokalen Situation passen. Schulen in solchen Kooperationsmodellen sollten gemeinsame Schulbezirke führen und sich in der Klassenbildung sinnvoll abstimmen. Um dahingehend für Gleichberechtigung und geordnete Verhältnisse zu sorgen, sollte das Land zur Festlegung von Eckwerten für das Thüringer Schulnetz ermächtigt werden.“

Die Kommission wurde um weitreichende und zugleich realistische Reformvorschläge gebeten. Ihre heute vorgestellten Empfehlungen umfassen im Kern die folgenden zehn Punkte:



1. Für den Weg zu einer Thüringer Unterrichtsgarantie sollte eine auf drei Säulen aufgebaute Vertretungsreserve (Personalausgleich von Langzeiterkrankungen, Schulbudget und mobile Vertretungsreserve) realisiert werden. Weitere Ressourcen sollten über eine Optimierung des Thüringer Schulnetzes für die Unterrichtsabsicherung freigestellt werden.
2. Das Land sollte zur Festlegung von Eckwerten für das Thüringer Schulnetz ermächtigt werden und künftig für gleichmäßige und gerechtere Klassengrößen sorgen, so dass zu große oder zu kleine Schulklassen nur noch in besonders begründeten Fällen eingerichtet werden dürfen, etwa wenn Schulwege andernfalls zu lang werden.
3. Für Schulen sollte eine Mindestzahl parallel zu führender Klassen eingeführt werden, wie sie auch in anderen Bundesländern üblich ist. Schulen, deren Kollegium zu klein ist, um den vorgesehenen Fachunterricht allein mit dafür ausgebildeten eigenen Fachkräften abzudecken, sollten ein Kooperationsmodell mit anderen Schulen wählen.
4. Dafür sollte ein zur lokalen Situation passendes Kooperationsmodell gewählt werden können, um einen zukunftsfesten Erhalt kleiner Schulstandorte und echte Qualitätsverbesserungen zu erzielen. Schulen in solchen Kooperationsmodellen sollten gemeinsame Schulbezirke führen und sich in der Klassenbildung sinnvoll abstimmen.
5. Schulen, die mit besonderen sozialen Problemlagen konfrontiert sind, sollten eine günstigere Lehrkräfteausstattung erhalten können als Schulen, in denen der erzieherische Aufwand je Schüler/-in geringer ausfällt. Die Kommission empfiehlt deshalb die Einführung eines Sozialindexes für die Lehrkräfteverteilung.
6. Für die Gewinnung zusätzlicher Lehrkräfte soll der Freistaat eine Werbekampagne starten, seine Bemühungen mit den freien Trägern koordinieren und Stipendienprogramme aufsetzen, die das Interesse des Lehrkräftenachwuchses an Mangelfächern und am Einsatz in derzeit als unattraktiv geltenden Regionen ankurbeln.

7. Solange keine bedarfsgerechte Versorgung vorhanden ist, sollte die Gewinnung weiterer Lehrkräfte durch ein Seiteneinsteigerprogramm unterstützt werden. Dafür muss die derzeitige Einstellungsrichtlinie gelockert werden. Ländlichen Kommunen sollen zusätzliche Instrumente zur Anwerbung von Lehrkräften zur Verfügung stehen und das Land Gehaltszulagen ermöglichen.
8. Schulbauförderung und die Schulorganisation sollten in eine Hand gelegt werden, statt zwischen zwei Ministerien aufgeteilt zu sein. Thüringen sollte den Investitionsbedarf an seinen Schulen ehrlich bilanzieren und dabei besonderes Augenmerk auf die digitale Ausstattung der Schulen legen.
9. Die Kooperation der staatlichen Schulaufsicht und der kommunalen Schulträger sollte intensiver werden, denn beide tragen eine gemeinsame Verantwortung für zukunftsfeste Schulstrukturen in Thüringen. Dazu empfiehlt die Kommission auch eine Aufwertung der Rolle des Schulträgers und, soweit Gemeindegrößen und -finanzen dies zulassen, eine auf Gemeindeebene verankerte Schulträgerschaft, damit Entscheidungen nah an den Menschen getroffen werden.
10. Schulleitungen und Lehrkräfte sollten von nicht-pädagogischen Aufgaben entlastet und in ihrem Entscheidungsspielraum gestärkt werden. Schulleitungen sollten für ihre Managementaufgaben bessere Unterstützung erhalten.

Hintergrund:

Im Januar 2016 trafen der Thüringer Ministerpräsident, Bodo Ramelow, und die Ministerin für Bildung, Jugend und Sport, Dr. Birgit Klaubert, die Entscheidung, eine Kommission einzurichten, die sich insbesondere mit den Perspektiven von Schulen im ländlichen Raum befasst und zudem Vorschläge für die Schulverwaltung sowie Schulnetzplanung formuliert. Die Einsetzung der Kommission geschah vor dem Hintergrund weiterer Entscheidungen wie dem Beschluss des Personalentwicklungskonzepts 2025, der Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform und der Beratungen des Doppelhaushaltes 2018/19 und des Finanzausgleichsgesetzes.

Den vollständigen Kommissionsbericht „Zukunft Schule. Herausforderungen und Chancen für Thüringens Schulsystem“ finden Sie unter:

[PDF](#) **Zukunft Schule. Herausforderungen und Chancen für Thüringens Schulsystem**

Mitglieder der Kommission :

- Dieter Eckert – Bürgermeister a.D. Offenburg
- Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff – Chef der Thüringer Staatskanzlei und Minister für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten
- Helmut Holter – Minister a.D., MdL Mecklenburg-Vorpommern
- Lutz Lange – Leiter der Zentralabteilung im Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

- Gabi Ohler – Staatssekretärin im Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport
- Frank Roßner – Präsident des Thüringer Landesverwaltungsamtes
- Frank Schenker – Bürgermeister und Dezernent für Familie, Bildung und Soziales in Jena
- Michaela Sojka – Landrätin des Landkreises Altenburger Land.